VG München

Urteil vom 15.1.2009

Tenor

I. Die Klagen werden abgewiesen.

II. Die Kläger haben die Kosten der Verfahren gesamtschuldnerisch zu tragen.

III. Die Kostenentscheidung ist vorläufig vollstreckbar.

Die Kläger dürfen die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung abwenden, wenn nicht die Beklagte vorher Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Tatbestand

Die Klägerin ist türkische Staatsangehörige. Sie wurde am ... Juni 1984 in ... geboren. Seit 1990 lebte sie nicht mehr bei ihren Eltern in ..., sondern überwiegend bei Verwandten in der Türkei, um dort die Schule zu besuchen.

Einen am 15. Juni 2000 beim Landratsamt ... gestellten Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nahm die damalige Bevollmächtigte der Klägerin mit Schreiben vom 16. November 2000 zurück. Die Mutter der Klägerin teilte der Ausländerbehörde mit, dass die Klägerin Ende August 2000 zurück in die Türkei gekehrt sei, um dort zu studieren. Die Klägerin wolle nicht in Deutschland bleiben, da sie kein Deutsch spreche. Sie kehre jedoch jeweils im August für einen Monat als Touristin zum Wohnsitz ihrer Eltern zurück.

Am 18. November 2003 reiste die Klägerin mit einem Visum zur Durchführung eines Sprachkurses in die Bundesrepublik Deutschland ein. Sie erhielt von der damals zuständigen Ausländerbehörde am 12. Februar 2004 eine bis 18. November 2004 gültige Aufenthaltserlaubnis für einen Deutschintensivkurs, die bis 31. März 2006 verlängert wurde. Am 9. November 2004 wurde die Klägerin darüber belehrt, dass eine Aufenthaltserlaubnis für studienvorbereitende Maßnahmen längstens bis 31. März 2006 erteilt werde. Dies bedeute, dass sie spätestens zum Sommersemester 2005 im Studienkolleg und spätestens im Sommersemester 2006 an einer Universität/Hochschule immatrikuliert sein müsse.

Am 30. März 2006 beantragte die Klägerin die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels. Sie gab an, den türkischen Staatsangehörigen T. heiraten zu wollen.

Am 22. Juni 2006 heiratete die Klägerin den türkischen Staatsangehörigen und beantragte am 18. August 2006 die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug. Sie erhielt fortlaufend Fiktionsbescheinigungen nach § 81 Abs. 4 AufenthG, weil der Ehemann der Klägerin arbeitslos war. Der Antrag des Ehemanns der Klägerin auf Verlängerung seiner aufgrund einer Ehe mit einer deutschen Staatsangehörigen erteilten Aufenthaltserlaubnis vom 4. Juli 2006 wurde mit Bescheid vom ... Mai 2008 abgelehnt. Der Bescheid ist bestandskräftig. Der Ehemann der Klägerin hat das Bundesgebiet verlassen.

Die Klägerin brachte am 27. Februar 2007 einen Sohn, den Kläger, zur Welt. Der Kläger hat die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben und ist türkischer Staatsangehöriger. Für den Kläger beantragte die Klägerin am 4. Dezember 2007 die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung.

Mit Schreiben vom 5. März 2008 hörte die Beklagte die Klägerin zur beabsichtigen Ablehnung der Aufenthaltserlaubnisanträge vom 30. März 2006 und vom 16. August 2006 sowie des Antrages des Klägers vom 4. Dezember 2007 an.

Mit Bescheid vom ... Mai 2008 lehnte die Beklagte die Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vom 30. März 2006 und vom 18. August 2006 für die Klägerin ab. Ebenso wurde mit Bescheid vom ... Mai 2008 der Antrag des Klägers vom 4. Dezember 2007 auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis abgelehnt. Die Beklagte setzte eine Ausreisefrist bis zum 8. Juni 2008 und drohte für den Fall der nicht fristgerechten Ausreise die Abschiebung in die Türkei an.

Bezüglich der Klägerin führte die Beklagte aus, dass die Klägerin bei der Ausländerbehörde die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug beantragt habe. Die Voraussetzungen der §§ 27–30 AufenthG seien nicht erfüllt. Der Ehemann der Klägerin besitze kein Aufenthaltsrecht mehr und sei mit Bescheid gleichen Datums aufgefordert worden, das Bundesgebiet zu verlassen. Sonstige Anspruchsgrundlagen seien nicht gegeben. Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 8 EMRK gewährten keinen unmittelbaren Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels. Es sei der Klägerin zuzumuten, in ihre Heimat zurückzukehren, zumal sie sich erst seit 2004 im Bundesgebiet aufhalte. Bezüglich des Klägers begründete die Beklagte die Ablehnungsentscheidung damit, dass die Voraussetzungen nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG nicht erfüllt seien, da die Eltern nicht im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder Niederlassungserlaubnis seien.

Mit Schreiben vom 5. Juni 2008 beantragt der Bevollmächtigte der Klägerin, ihr eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Die Klägerin wolle den Sprachkurs weitermachen, den sie nach der Verheiratung habe abbrechen müssen. Sie habe sich schon in den Kurs eingeschrieben und werde von ihrem Bruder unterstützt. Sie wohne bei der Mutter. Ebenso beantragte er für den Kläger eine Aufenthaltserlaubnis.

Am 5. Juni 2008 erhob der Bevollmächtigte der Kläger im Verfahren M 10 K 08.2692 Klage zum Bayerischen Verwaltungsgericht München mit dem Antrag:

Die Bescheide der Beklagten vom ... Mai 2008 für die Klägerin und den Kläger werden aufgehoben. Die Beklagte wird verpflichtet, den Klägern unter Beachtung der Rechtsmeinung des Gerichts eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Zugleich beantragte er die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Bescheide vom ... Mai 2008 wiederherzustellen (M 10 S 08.2695) und beantragte für beide Verfahren Prozesskostenhilfe. Zur Begründung des Antrags brachte der Bevollmächtigte der Kläger vor, dass die damalige Bevollmächtigte der Klägerin den Antrag vom 15. Mai 2000 auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ohne das Einverständnis der Mutter der Klägerin zurückgenommen habe. Die Klägerin habe sich seit der damaligen Ausreise nur vorübergehend in der Türkei aufgehalten und habe den Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland nicht aufgegeben. Die Ausweisung sei eine unzumutbare Härte, weil die Klägerin bei der letzten Einreise 2004 eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken gehabt habe. Sie habe damals einen Sprachkurs zur anschließenden Fortsetzung ihres Studiums in Deutschland besucht. Diese Aufenthaltserlaubnis habe sie mit der Verheiratung am 22. Juni 2006 verloren, weil ihr der Ehemann das weitere Studium verboten habe. § 31 Abs. 2 AufenthG spreche gegen eine Beendigung des Aufenthalts. Der Klägerin drohe wegen der aus der Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft erwachsenden Rückkehrverpflichtung eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer schutzwürdigen Belange. Zu den schutzwürdigen Belangen zähle auch das Wohl des mit einem der Ehegatten in familiärer Lebensgemeinschaft lebenden Kindes. Der Ehemann habe gedroht, das Kind zu holen, wenn sie es nicht freiwillig hergebe. Die Klägerin habe keinen besonderen Bezug zur Türkei, sie möchte langfristig hier bleiben. Der Ausweisung stehe auch Art. 8 EMRK entgegen. Es bestünden auch ernsthafte Zweifel an der Gültigkeit des § 84 Abs. 1 Satz 1 AufenthG. Die Rechtsschutzgarantien der Art. 8 und 9 der Richtlinie 64/221/EWG würden auch für türkische Staatsangehörige gelten. Die Klägerin habe sich wieder für einen Sprachkurs eingeschrieben und mit gleichem Datum Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für ihr Sprachstudium gestellt. Bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken würde das Verfahren für erledigt erklärt werden.

Die Beklagte beantragte mit Schreiben vom 24. Juni 2008:

Die Klage wird abgewiesen.

Die Klägerin sei auch unter Berücksichtigung der Voraufenthalte in der Lage gewesen, die notwendigen Sprachkenntnisse für die Aufnahme eines Studiums im Bundesgebiet zu erwerben. Ein Aufenthaltstitel nach § 16 könne nicht in Aussicht gestellt werden.

Mit Beschluss vom 2. Juli 2008 lehnte das Bayerische Verwaltungsgericht München den Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage vom 5. Juni 2008 gegen den Bescheid vom ... Mai 2008 sowie die Prozesskostenhilfeanträge für die Verfahren M 10 K 08.2692 und M 10 S 08.2695 ab.

Das Gericht führte in der Begründung aus, dass eine Aufenthaltserlaubnis nach § 29, § 30 AufenthG nicht in Frage komme, weil der Ehemann, zu dem nachgezogen werden soll, keine Aufenthaltserlaubnis besitze. Der Antrag des Ehemannes sei mit Bescheid vom ... Mai 2008 endgültig

abgelehnt worden. Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht nach § 31 Abs. 1 AufenthG habe die Klägerin nicht erworben, weil sie nie in Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 29, § 30 AufenthG gewesen sei. Zudem habe die eheliche Lebensgemeinschaft nicht mindestens 2 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet bestanden. Die Voraussetzungen des § 31 Abs. 2 AufenthG lägen nicht vor. Die Rückkehr in die Türkei stelle für die Klägerin keine unzumutbare Härte dar. Die Klägerin sei in der Türkei aufgewachsen und habe dort ihre Schulausbildung abgeschlossen. Ihr sei zuzumuten, ihr Universitätsstudium dort wieder aufzunehmen. Die finanzielle Unterstützung, die sie von ihrer Mutter und ihrem Bruder in der Bundesrepublik Deutschland erhalte, könne ihr ohne weiteres auch in der Türkei gewährt werden. Ein Anspruch des Klägers auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bestehe nicht. Es fehle bereits an der Tatbestandsvoraussetzung des § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG.

Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 2. Juli 2008 wurde durch Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vom 26. August 2008 (Az. 10 CS 08.2071) bestätigt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof führte u. a. aus, dass für eine Aufenthaltserlaubnis aus Härtefallgründen nach dem klaren Wortlaut des § 31 Abs. 2 Satz 1 letzter Halbs. AufenthG kein Raum sei, weil die Klägerin nie über die nach § 31 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG erforderliche Aufenthaltserlaubnis verfügt habe.

Am 30. September 2008 erhob der Bevollmächtigte der Kläger eine weitere Klage (M 10 K 08.4787) und beantragte:

Die Beklagte wird verurteilt, die Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vom 5. Juni 2008 zu verbescheiden. Die Beklagte wird verpflichtet, unter Beachtung der Rechtsmeinung des Gerichts den Klägern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Mit der Untätigkeitsklage begehre die Klägerin eine Entscheidung über ihren Antrag vom 5. Juni 2008 als Sprachstudentin dableiben zu dürfen. Die Klägerin habe seit ihrer Geburt in Deutschland gelebt. Sie habe lediglich die Schule in der Türkei besucht und während der Schulzeit beim Onkel ein Zimmer bei diesem bewohnt und die übrige Zeit in Deutschland verbracht. Sie sei in den Frühjahrsferien im Februar zwei Wochen und in den Sommerferien drei Monate regelmäßig bei den Eltern in Deutschland gewesen. Sie sei daher so zu behandeln wie Kinder, die auswärts in einem Internat untergebracht seien. Sie begründeten dort dadurch keinen Aufenthalt. Dieser verbleibe am Wohnsitz der Eltern. Der Aufenthalt in der Türkei sei also nur vorübergehend gewesen und habe ihren Aufenthalt nicht beendet. Nach den allgemeinen Grundsätzen sei der Aufenthalt des Kindes im Ausland daher nur ein vorübergehender, der seinen Aufenthalt in Deutschland nicht unterbreche. Am 15. Juni 2000 sei deshalb ein Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung gestellt worden. Dieser Antrag sei bis heute nicht verbeschieden worden. Dem sei stattzugeben. Die Rücknahme des Antrags durch den Schriftsatz der damaligen Rechtsanwälte vom 26. Juli 2000 (richtig: 16. November 2000) sei nicht wirksam, da eine Vollmacht des minderjährigen Kindes vom 24. Juli 2000 vorgelegt worden sei. Dies hätte die Beklagte erkennen müssen. Die Klägerin sei auch nicht 1990 in die Türkei zurückgekehrt. Ebenso wenig im Jahr 2000. Sie sei

damals noch auf dem Gymnasium gewesen und habe im Jahr 2002 das Abitur gemacht. Als die Klägerin am 18. November 2003 mit einem Visum zur Durchführung eines Sprachkurses eingereist sei, sei diese Wiedereinreise an sich eine Wiederkehr im Sinne des § 37 AufenthG gewesen, wenn man sie denn als dauernd ausgereist behandeln wolle. Richtig sei, dass sie theoretisch spätestens 2006 an einer Universität hätte immatrikuliert sein können, wenn sie ordentlich gelernt hätte. Man solle aber nicht vergessen, dass die Klägerin damals 19 Jahre alt war. Es habe familiäre Schwierigkeiten der Eltern gegeben, die sich im Jahr 2006 getrennt hätten. Diese Streitereien hätten dazu geführt, dass die Klägerin nicht habe lernen können. Das damalige Verlöbnis und die Heirat wären eine Flucht aus diesem Problem gewesen. Es werde daher darum gebeten, über den Antrag nach § 16 AufenthG positiv zu entscheiden.

Zugleich beantragte der Bevollmächtigte der Kläger, die Beklagte im Wege der einstweiligen Anordnung vorab zu verpflichten, bis zur Entscheidung über die Hauptsache den weiteren Aufenthalt der Kläger zu dulden (M 10 E 08.4788) und beantragte sowohl für das Klageverfahren M 10 K 08.4787 als auch für das Eilverfahren M 10 E 08.4788 Prozesskostenhilfe.

Die Beklagte beantragte mit Schreiben vom 13. Oktober 2008:

Die Klage wird abgewiesen.

Mit Beschluss vom 23. Oktober 2008 lehnte das Bayerische Verwaltungsgericht München im Verfahren M 10 E 08.4788 den Antrag auf Erteilung einer Duldung für die Kläger und den Antrag auf Prozesskostenhilfe sowohl für das Klageverfahren als auch für das Antragsverfahren ab. Die Klägerin habe weder einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 AufenthG noch nach § 37 AufenthG. Ein Anspruch aus § 37 Abs. 1 AufenthG scheitere schon daran, dass die Klägerin sich vor ihrer Ausreise nicht rechtmäßig 8 Jahre im Bundesgebiet aufgehalten habe und 6 Jahre im Bundesgebiet eine Schule besucht habe. Im Übrigen habe sie das 21. Lebensjahr bereits am 16. Juni 2005 vollendet und den Antrag nicht vor Ablauf von 5 Jahren seit der Ausreise gestellt. Der Lebensunterhalt sei nicht durch eine Unterhaltsverpflichtung gesichert, die ein Dritter für die Dauer von 5 Jahren übernommen habe. Auch zum Zeitpunkt des Antrags vom 17. Oktober 2003 auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, in dem sie als Aufenthaltswitzweck ausdrücklich den Besuch eines Sprachkurses genannt hatte, hätten die Voraussetzungen für ein Wiederkehrrecht nach dem zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen § 16 AuslG nicht vorgelegen. Von den in den § 16 Abs. 1 Nr. 1 und 3 AuslG bzw. § 37 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 AufenthG genannten Voraussetzungen könne nach § 16 Abs. 2 AuslG bzw. § 37 Abs. 2 AufenthG zur Vermeidung einer besonderen Härte abgewichen werden. Gründe für eine solche besondere Härte seien nicht vortragen. Ebenso wenig bestehe ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG. Die Klägerin strebe den Besuch weiterer studienvorbereitender Sprachkurse sowie den Besuch eines Studienkollegs zur Vorbereitung eines Studiums an einer staatlichen oder einer staatlich anerkannten Hochschule an. Die Geltungsdauer einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG für studienvorbereitende Maßnahmen solle zwei Jahre nicht überschreiten (§ 16 Abs. 1 Satz 5 AufenthG). Da sich die Antragstellerin bereits ab 18. November 2003 wegen

studienvorbereitender Sprachkurse im Bundesgebiet aufgehalten habe, habe diese Frist am 18. November 2005 geendet. Die damals zuständige Ausländerbehörde habe die Aufenthaltserlaubnis bis zum 31. März 2006 verlängert. Selbst im günstigsten Fall benötige die Klägerin ab November 2008 noch weitere 10 Monate, um die Sprachprüfung für die Hochschulzulassung ausländischer Studienbewerber erfolgreich ablegen zu können. Insgesamt würde die Klägerin für die Sprachkurse anstatt der im Gesetz vorgesehenen zwei Jahre einen Zeitraum vom 18. November 2003 bis 31. März 2006 und vom 5. Juni 2008 bis 31. September 2009 also dreidreiviertel Jahre benötigen. Von einem angemessenen Zeitraum im Sinne des § 16 Abs. 1 Satz 5 letzter Halbs. AufenthG könne bei Inanspruchnahme der doppelten Ausbildungsdauer nicht gesprochen werden. Die Klägerin könne nicht für sich in Anspruch nehmen, dass die Trennung der Eltern ihren Studienerfolg verzögert habe. Berücksichtigung finden könnten im Rahmen des § 16 Abs. 1 AufenthG allenfalls Gründe, die in der Person des Studierenden selbst lägen. Zum Antrag vom 15. Juni 2000 führte das Verwaltungsgericht aus, dass die Klägerin von ihrer Geburt an bis zu ihrem 6. Lebensjahr ihren gewöhnlichen Aufenthalt bei ihren Eltern in ... gehabt habe. Während ihrer Schulzeit in der Türkei von 1990 bis 2002 habe die Klägerin ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Türkei gehabt. Bei Auslandsaufenthalten von Kindern bleibe der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes nur dann bei den Eltern, wenn der Auslandsaufenthalt von vornherein eine gewisse zeitliche Begrenzung in sich trage und der Lebensmittelpunkt nach wie vor in der Bundesrepublik Deutschland liege. Dies sei bei der Klägerin nicht der Fall gewesen. Der Auslandsaufenthalt sei nicht zeitlich begrenzt gewesen, weil der Klägerin wegen der fehlenden deutschen Sprachkenntnisse eine Rückkehr ins Bundesgebiet unmöglich gemacht worden sei. Bei den Ferienaufenthalten bei den Eltern habe es sich bezogen auf den langjährigen Auslandsaufenthalt nur um relativ geringfügige Besuchszeiten gehandelt, die nicht dazu führten, dass der Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlagert worden sei.

Die gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 23. Oktober 2008 erhobene Beschwerde wies der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 18. Dezember 2008 (Az. 10 CE 08.3077 u. 10 C 08.3079) zurück. Ergänzend führte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof aus, dass entgegen der Ansicht der Klägerin ihre als Kind erworbene Aufenthaltserlaubnis aufgrund mehrjähriger Ausreise gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 AuslG erloschen sei, dass der im Juni 2000 gestellte Antrag mit der erneuten Ausreise und spätestens durch die anwaltliche Rücknahme gegenstandslos geworden sei und dass die erneute Einreise für Sprachzwecke im Jahr 2003 nicht als Wiederkehr i. S. d. § 37 AufenthG angesehen werden könne.

Weitere Rechtsausführungen des Bevollmächtigten der Kläger nach den Beschwerdeentscheidungen in den Verfahren 10 CS 08.2071 und 10 C 08.2072, 10 CE 08.3077 und 10 C 08.3079 erfolgten nicht.

In der mündlichen Verhandlung vom 15. Januar 2009 beantragte der Bevollmächtigte der Klägerin zusätzlich,

die Beklagte zu verpflichten, über den Antrag vom 15. Juni 2000 auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu entscheiden.

Ergänzend wird auf die vorgelegten Behörden- und Gerichtsakten sowie das Protokoll der mündlichen Verhandlung verwiesen.

Entscheidungsgründe

Die Verpflichtungsklage im Verfahren M 10 K 08.2692 und die Untätigkeitsklage im Verfahren M 10 K 08.4787 wurden durch Beschluss in der mündlichen Verhandlung vom 15. Januar 2009 zur gemeinsamen Entscheidung verbunden.

Die Klagen haben keinen Erfolg. Die Bescheide vom ... Mai 2008, mit denen die Anträge der Kläger auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug abgelehnt wurden, sind rechtmäßig. Die Kläger haben keinen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus diesem Rechtsgrund. Die Beklagte ist nicht verpflichtet, der Klägerin eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund ihres Antrages vom 15. Juni 2000 und ihres Antrages vom 5. Juni 2008 zu erteilen. Daher hat auch der Kläger keinen Anspruch auf Erteilung einer aus der Aufenthaltserlaubnis der Klägerin abgeleiteten Aufenthaltserlaubnis (§ 113 Abs. 5 VwGO).

1. Klage gegen die Bescheide vom ... Mai 2008

Zum fehlenden Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen wird zunächst auf die Ausführungen des Bayerischen Verwaltungsgerichts München im Verfahren M 10 S 08.2695 und die ergänzenden Ausführungen des Bayerischen Verwaltunggerichtshofs im Beschluss vom 26. August 2008 verwiesen. Ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 29, 30 AufenthG scheidet daran, dass die eheliche Lebensgemeinschaft der Klägerin mit ihrem Exehemann bereits seit April 2008 nicht mehr besteht. Ein Aufenthaltsrecht der Klägerin nach § 31 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG wurde nicht begründet, weil die eheliche Lebensgemeinschaft nicht mindestens zwei Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet bestand. Im Rahmen der Vorschrift des § 31 Abs. 2 AufenthG kommt es auf das Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzung der Vermeidung einer besonderen Härte nicht an, weil § 31 Abs. 2 AufenthG ebenso wie § 31 Abs. 1 AufenthG voraussetzt, dass die Klägerin bis dahin (bis zur Beendigung der ehelichen Lebensgemeinschaft) im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis gewesen ist. Die Klägerin besaß nach Erlöschen ihrer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Studiums, die im Rahmen des § 31 AufenthG rechtlich nicht relevant ist, keine Aufenthaltserlaubnis wegen der ehelichen Lebensgemeinschaft mit ihrem Ehemann. Sie war seit der Antragstellung am 30. März 2006 und 18. August 2006 lediglich im Besitz von Fiktionsbescheinigungen. Auf das Fehlen dieser Tatbestandsvoraussetzung für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht nach § 31 Abs. 2 AufenthG hat der Bayerische Verwaltunggerichtshof im Beschluss vom 26. August 2008 ausdrücklich hingewiesen.

Mangels Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die Klägerin kann der Kläger kein Aufenthaltsrecht aus § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG herleiten.

2. Untätigkeitsklage bezüglich des Antrags vom 5. Juni 2008 und des Antrags vom 15. Juni 2000.

Bezüglich des Anspruchs auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 16 Abs. 1 AufenthG wird auf die Ausführungen des Bayerischen Verwaltungsgerichts München im Verfahren M 10 E 08.4788 und den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18. Dezember 2008 verwiesen. Der Bevollmächtigte der Klägerin ist den Rechtsausführungen der Gerichte seit Ergehen der Beschlüsse nicht entgegengetreten. Eine andere Entscheidung ist im Klageverfahren nicht geboten.

Der Antrag vom 15. Juni 2000, den die Eltern der Klägerin für die damals noch minderjährige Klägerin beim Landratsamt ... gestellt haben, wäre grundsätzlich von der Beklagten zu verabschieden (§ 5 der Verordnung über die Zuständigkeit zur Ausführung des Aufenthaltsgesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen).

Das Gericht hält an seiner bisherigen Rechtsauffassung fest, wonach der Antrag vom 15. Juni 2000 durch das Schreiben der damaligen Bevollmächtigten der Klägerin vom 16. November 2000 wirksam zurückgenommen wurde und somit kein Antrag mehr vorliegt, über den die Beklagte entscheiden müsste. Zum Zeitpunkt der Antragstellung durch die Eltern am 15. Juni 2000 hatte die Klägerin das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet (Geburtsdatum: ... Juni 1984). Am 24. Juli 2000 hatte die Klägerin selbst ihrer damaligen Bevollmächtigten eine Vollmacht erteilt. Zu diesem Zeitpunkt war die Klägerin bereits 16 Jahre alt. § 68 des damals maßgeblichen Ausländergesetzes (jetzt § 80 AufenthG) regelt, dass fähig zur Vornahme von Verfahrenshandlungen nach dem Gesetz auch Ausländer sind, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches geschäftsunfähig sind. Geschäftsunfähig ist nach § 104 BGB nur derjenige, der das 7. Lebensjahr nicht vollendet hat. Die Klägerin ist demnach nach Vollendung ihres 16. Lebensjahres berechtigt gewesen, das Verfahren bezüglich des Antrages der Eltern auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis weiter zu betreiben bzw. den Antrag zurückzunehmen. Es muss ihr daher auch möglich sein, für diese Verfahrenshandlung einen Bevollmächtigten zu bestellen, der dann für sie handeln kann. Auch wenn nach den bürgerlich-rechtlichen Rechtsvorschriften die Klägerin mit 16 Jahren nur beschränkt geschäftsfähig ist und zivilrechtliche Verträge grundsätzlich nur mit Genehmigung ihrer Eltern schließen kann, ist für den Fall, dass in einem Rechtsbereich eine unbeschränkte Geschäftsfähigkeit vor Vollendung des 18. Lebensjahres besteht, im Bereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch für die mit diesem Rechtsgeschäft verbundenen Rechtshandlungen volle Geschäftsfähigkeit anzunehmen (§§ 112, 113 BGB). Dieser Rechtsgedanke muss analog bei der Herabsetzung des Alters für die Handlungsfähigkeit im Ausländerrecht gelten. Im Übrigen ist die von der Klägerin erteilte Vollmacht spätestens mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres der Klägerin wirksam geworden, weil die Klägerin diese Vollmacht nicht widerrufen hat.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof geht davon aus, dass der Antrag der Klägerin vom 15. Juni 2000 bereits durch die im August 2000 erfolgte Ausreise gegenstandslos geworden ist. Durch die Ausreise hat die Klägerin gezeigt, dass sie den Antrag nicht mehr weiterverfolgen will. Die Ausreise stellt nicht nur eine vorübergehende Unterbrechung eines im Bundesgebiet bestehenden Aufenthalts dar. Die Klägerin hat ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet durch die Entscheidung ihrer Eltern, die Klägerin dauerhaft eine Schule in der Türkei besuchen zu lassen, im

Jahr 1990 aufgegeben. Kinder, die sich zum Schulbesuch im Ausland aufhalten, haben ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht zwangsläufig am Wohnort der Eltern, sondern nur dann, wenn der Aufenthalt im Ausland seiner Natur nach ein nur vorübergehender ist und die Dauer des Aufenthalts im Ausland absehbar ist. Da die Eltern die Klägerin in der Türkei eine türkische Schule haben besuchen lassen und offensichtlich eine Rückkehr der Klägerin bis zu ihrem 16. Lebensjahr von den Eltern nicht beabsichtigt war, kann nicht von einem nur vorübergehenden Aufenthalt in der Türkei ausgegangen werden. Von 1990 bis 2000 hat die Klägerin keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet begründet, weil sie sich nur besuchsweise in den Ferien bei ihren Eltern aufhielt.

Der Antrag des Klägers auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vom 5. Juni 2008 im Verfahren M 10 K 08.4787 war abzulehnen, weil § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG voraussetzt, dass die Klägerin im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist bzw. Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis hat.

Die Klagen waren daher mit der Kostenfolge des § 154 Abs. 1 VwGO abzuweisen. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit ergibt sich aus § 167 Abs. 2 VwGO i. V. m. §§ 708, 711 ZPO.

Beschluss

Der Streitwert wird bis zur Verbindung der Verfahren für jedes Verfahren auf EUR 10.000,-, nach Verbindung der Verfahren auf EUR 20.000,- festgesetzt (§ 52 Abs. 2 Gerichtskostengesetz – GKG – i. V. m. Streitwertkatalog der Verwaltungsgerichtsbarkeit).